

Vereinsatzung

Präambel:

Die in dieser Satzung und in den Ordnungen genannten Personenbezeichnungen umfassen gleichermaßen die männliche und die weibliche Form. Lediglich aus Gründen der Übersichtlichkeit wurde auf die ausdrückliche Nennung beider Formen verzichtet. Die Verwirklichung der Gleichstellung von Frauen und Männern ist eine ständige Aufgabe und Verpflichtung.

§ 1 Name, Sitz, Geschäftsjahr

- i. Der Verein trägt den Namen „Geländefahrrad Aachen e.V.“.
- ii. Der Verein hat seinen Sitz in Aachen und ist im Vereinsregister des Amtsgerichts Aachen eingetragen. Das Geschäftsjahr des Vereins ist das Kalenderjahr.

§ 2 Zweck des Vereins

- i. Zweck des Vereins ist: Ermöglichung der umwelt- und naturgerechten Ausübung des Sports sowie die Pflege der dem Verein zugeschriebenen Strecken.
- ii. Der Satzungszweck wird verwirklicht insbesondere durch
 - das Anlegen und Erhalten von Strecken auf einem dafür ausgewiesenen Gebiet im Sinne einer sportlichen Nutzung unter Berücksichtigung der Belange des Umwelt- und Naturschutzes
 - Förderung und Unterstützung des Breitensports
 - Förderung und Unterstützung des Geländeradsports
 - Information der Mitglieder über den Geländeradsport
 - sportliche Erziehung der Jugend
 - Kommunikation auf politischer und behördlicher Ebene unter Berücksichtigung aller Interessenvertreter
- iii. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts "steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung. Der Verein ist selbstlos tätig und verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Der Verein ist parteipolitisch, konfessionell und rassistisch neutral.
- iv. Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsgemäßen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins. Es darf keine Person durch Ausgaben, die den Zwecken des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

v. Ausscheidende Vereinsmitglieder haben keinen Anspruch auf Auszahlung eines Anteils am Vereinsvermögen.

vi. Die Mitglieder der Organe und Gremien des Vereins sind grundsätzlich ehrenamtlich tätig. Die ihnen entstehenden Auslagen und Kosten werden ersetzt. Der geschäftsführende Vorstand kann im Rahmen der haushaltsrechtlichen Möglichkeiten für die Ausübung von Vereinsämtern eine angemessene Vergütung und/oder eine angemessene Aufwandsentschädigung im Sinne der § 3 Nr. 26 a EStG beschließen.

§ 3 Mitgliedschaft

- i. Mitglied des Vereins kann jede natürliche und juristische Person werden. Es können vom Vorstand Ehrenmitglieder benannt werden.
- ii. Der Erwerb einer Mitgliedschaft setzt einen schriftlichen Antrag auf einem dafür vorgesehenen Vordruck voraus, der an den Verein zu richten ist. Der Aufnahmeantrag Minderjähriger bedarf der Unterschrift des gesetzlichen Vertreters, die gleichzeitig als Zustimmung zur Wahrnehmung von Mitgliederrechten und -pflichten gilt. Diese verpflichten sich damit zur Zahlung der Mitgliedsbeiträge bis zum Ablauf des Kalenderjahres, in dem der Minderjährige die Volljährigkeit erlangt.
- iii. Über den Aufnahmeantrag entscheidet der Vorstand, der diese Aufgabe auch auf ein einzelnes Vorstandsmitglied delegieren kann, nach freiem Ermessen. Die Aufnahme kann ohne Begründung abgelehnt werden.
- iv. Die Mitgliedschaft beginnt mit der schriftlichen Bestätigung der Aufnahme durch den Vorstand und ist ab diesem Zeitpunkt ein Jahr gültig.
- v. Mit der Aufnahme in den Verein erkennt das Mitglied die Satzung und die Regeln des Bikepark Dreiländerecks an. Es verpflichtet sich die Satzungsregelungen und die Ordnungen des Vereins sowie die Beschlüsse der Vereinsorgane zu befolgen. Die Mitglieder sind verpflichtet, die Vereinsinteressen zu fördern und alles zu unterlassen, was dem Ansehen und dem Zweck des Vereins entgegensteht.
- vi. Die Mitglieder sind berechtigt, die Einrichtungen und Anlagen des Vereins zu benutzen und an allen Veranstaltungen des Vereins teilzunehmen.
- vii. Jugendliche Mitglieder sind nach Vollendung des 16. Lebensjahres berechtigt, an der Mitgliederversammlung teilzunehmen und das Wort zu ergreifen.
- viii. Die Mitglieder sind verpflichtet, den Verein laufend über Änderungen in ihren persönlichen Verhältnissen schriftlich zu informieren. Dazu gehört insbesondere:
 - a) Änderungen der Anschrift

b) Änderung der Bankverbindung

c) Mitteilung von persönlichen Veränderungen, die für das Beitragswesen relevant sind

ix. Nachteile, die dem Mitglied dadurch entstehen, dass es dem Verein die erforderlichen Änderungen nach **viii** nicht mitteilt, gehen nicht zu Lasten des Vereins und können diesem nicht entgegengehalten werden. Entsteht dem Verein dadurch ein Schaden, ist das Mitglied zum Ausgleich verpflichtet.

x. Bild- und Videomaterial, das durch den Verein Geländefahrrad Aachen e.V. oder durch seine benannten Vertreter oder Beauftragten im Rahmen von Vereinsveranstaltungen angefertigt wurde, darf durch den Verein veröffentlicht werden. Dies bedarf keiner gesonderten Einverständniserklärung.

xi. Alle Mitglieder erkennen die durch den geschäftsführenden Vorstand verfassten und veröffentlichten Haftungsausschlüsse an.

§ 4 Mitgliedsbeiträge

i. Die Mitglieder sind verpflichtet Beiträge in Form von Geldleistungen zu zahlen. Über die Höhe sämtlicher Beiträge entscheidet die Mitgliederversammlung. Die Beiträge sind durch die Beitragsordnung geregelt. Diese wird den Mitgliedern auf der Homepage bekannt gegeben.

Es gibt folgende Formen der Mitgliedschaft:

- 0-4 Jahre (Kleinkinder)
- 5-14 Jahre (Kinder)
- 15-18 Jahre (Jugendliche)
- Ab 19 Jahre (Erwachsene - Vollzahler)
- Ab 19 Jahre (Erwachsene - Partnertarif)

Für die verschiedenen Mitgliedschaften können unterschiedliche Beitragshöhen festgesetzt werden.

ii. Der Verein ist zur Erhebung einer Umlage berechtigt, sofern diese zur Finanzierung besonderer Vorhaben, oder zur Beseitigung finanzieller Schwierigkeiten notwendig ist. Über die Höhe der Umlage entscheidet die Mitgliederversammlung durch Mehrheitsbeschluss, wobei die Höchstgrenze das Dreifache eines Jahresbeitrags beträgt.

§ 5 Beendigung der Mitgliedschaft

i. Die Mitgliedschaft erlischt durch Tod, Verlust der Rechtsfähigkeit der juristischen Person, durch freiwilligen Austritt, durch Streichung von der Mitgliederliste oder durch Ausschluss aus dem Verein. Verpflichtungen dem Verein gegenüber sind bis zum Ablauf des laufenden Geschäftsjahres zu erfüllen.

ii. Der freiwillige Austritt kann durch schriftliche Erklärung gegenüber einem Mitglied des Vorstands erfolgen. Er ist zum Schluss eines

Mitgliedschaftsjahres unter Einhaltung einer Frist von 6 Wochen zulässig.

iii. Ein Mitglied kann durch Beschluss des Vorstands von der Mitgliederliste gestrichen werden, wenn es trotz zweimaliger Mahnung mit der Zahlung des Beitrags im Rückstand ist. Die Streichung darf erst beschlossen werden, nachdem seit der Absendung des zweiten Mahnschreibens drei Monate verstrichen und die Beitragsschulden nicht beglichen sind. Die Streichung ist dem Mitglied mitzuteilen.

iv. Ein Mitglied kann aus dem Verein ausgeschlossen werden, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Der Ausschluss erfolgt durch Beschluss des Vorstandes in einer Vorstandssitzung, bei der alle Vorstandsmitglieder anwesend sein müssen. Der Ausschluss gilt als beschlossen, wenn drei der fünf Vorstände dafür stimmen. Ausschließungsgründe sind insbesondere:

a) Grober oder wiederholter Verstoß des Mitglieds gegen die Satzung, gegen Ordnungen oder Beschlüsse der Vereinsinteressen

b) Schwere Schädigung des Ansehens der Vereinsinteressen

Vor der Beschlussfassung über den Ausschluss ist den Mitgliedern unter Setzung einer angemessenen Frist Gelegenheit zu geben, sich persönlich vor dem Vorstand oder schriftlich zu rechtfertigen. Die Entscheidung über den Ausschluss ist schriftlich zu begründen und dem Mitglied bekannt zu machen. Gegen die Entscheidung des Vorstands kann das Mitglied Berufung an die Mitgliederversammlung einlegen. Die Berufung muss innerhalb einer Frist von einem Monat ab Zugang des Ausschließungsbeschlusses beim Vorstand schriftlich eingelegt werden. Ist die Berufung rechtzeitig eingelegt, so hat der Vorstand innerhalb von zwei Monaten die Mitgliederversammlung zur Entscheidung über die Berufung einzuberufen. Bis dahin ruht die Mitgliedschaft. Macht das Mitglied von dem Recht der Berufung gegen den Ausschließungsbeschluss keinen Gebrauch oder versäumt es die Berufungsfrist, so unterwirft es sich damit dem Ausschließungsbeschluss mit der Folge, dass die Mitgliedschaft als beendet gilt.

§ 6 Organe des Vereins

- i. Der geschäftsführende Vorstand
- ii. Arbeitsgruppen
- iii. Die Mitgliederversammlung

§ 7 Haftung der Organmitglieder

Die Haftung der Mitglieder der Organe, der besonderen Vertreter oder der mit der Vertretung beauftragten Vereinsmitglieder wird auf Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit beschränkt. Werden diese Personen von Dritten zur Haftung herangezogen,

ohne dass Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit vorliegt, so haben diese gegen den Verein einen Anspruch auf Ersatz ihrer Aufwendungen zur Abwehr der Ansprüche sowie auf Freistellung von Ansprüchen Dritter.

§ 8 Geschäftsführender Vorstand

i. Der geschäftsführende Vorstand des Vereins im Sinne von § 26 BGB besteht aus fünf Personen

- a) Der/die erste Vorsitzende
- b) Der/die zweite Vorsitzende
- c) Der/die dritte Vorsitzende
- d) Der/die vierte Vorsitzende
- e) Der/die fünfte Vorsitzende

Der Verein wird durch zwei Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes vertreten. Bei Rechtsgeschäften mit einem Geschäftswert über 3.000 € ist die Zustimmung der Mitgliederversammlung erforderlich.

ii. Der geschäftsführende Vorstand erledigt alle laufenden Vereinsangelegenheiten, insbesondere obliegt ihm die Verwaltung des Vereinsvermögens. Er ist für alle Aufgaben zuständig, die nicht durch die Satzung einem anderen Vereinsorgan zugewiesen sind. Er hat vor allem folgende Aufgaben:

- Führung der laufenden Geschäfte
- Vorbereitung und Einberufung der Mitgliederversammlung
- Ausführung der Beschlüsse der Mitgliederversammlung
- Erarbeitung des Haushaltsplans, Buchführung, Erstellung eines Jahresberichts
- Beschlussfassung über Aufnahme, Streichung und Ausschluss von Mitgliedern.

iii. Der geschäftsführende Vorstand fasst seine Beschlüsse im Allgemeinen in Vorstandssitzungen. Die Vorstandssitzung kann durch jedes Mitglied des geschäftsführenden Vorstands einberufen werden. Es lädt unter Angabe der Tagesordnung mit angemessener Frist zu Vorstandssitzungen ein. Der geschäftsführende Vorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens drei der fünf Vorstände anwesend sind und die weiteren Vorstandsmitglieder schriftlich über die Beschlüsse informiert worden sind und keinen Einspruch innerhalb von einer Woche äußern.

§ 9 Arbeitsgruppen

Arbeitsgruppen werden durch den geschäftsführenden Vorstand schriftlich benannt. Die Nennung erfolgt in einer Anlage zur Satzung. Die Arbeitsgruppen unterliegen der Weisung des geschäftsführenden Vorstands. Die Mitglieder des geschäftsführenden Vorstands leiten jeweils eine Arbeitsgruppe und vertreten sich wechselseitig.

Arbeitsgruppen sind:
Medien- und Öffentlichkeitsarbeit
Politik, Stadt, Administration
Bau und Bikeparkpflege
Training
Veranstaltungen.

§ 10 Vorstand allgemein

i. Vorstand kann jedes volljährige Mitglied des Vereins werden.

ii. Der geschäftsführende Vorstand wird von der Mitgliederversammlung für die Dauer von zwei Jahren gewählt. Es wird vom Tage der Wahl an gerechnet. Er bleibt jedoch bis zur gültigen Wahl von Nachfolgern im Amt. Wiederwahl ist zulässig. Der geschäftsführende Vorstand beruft die Arbeitsgruppen ein.

iii. Bei vorzeitigem Ausscheiden eines Vorstandsmitglieds kann der geschäftsführende Vorstand bis zur nächsten Mitgliederversammlung ein Ersatzmitglied kommissarisch berufen.

iv. Der Vorstand kann im schriftlichen Verfahren beschließen.

§ 11 Mitgliederversammlung

i. Die ordentliche Mitgliederversammlung soll einmal im Geschäftsjahr einberufen werden. Sie kann auch in digitaler Form durchgeführt werden. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung muss einberufen werden, wenn 10% der Mitglieder, mindestens jedoch drei Mitglieder, des Vereins es schriftlich unter Angabe der Gründe beim Vorstand beantragen.

ii. Der Termin der Mitgliederversammlung wird vom ersten Vorsitzenden, bei dessen Verhinderung vom zweiten, dem dritten, dem vierten oder dem fünften Vorsitzenden, in Textform per Email bekanntgegeben. Dies muss mindestens drei Wochen vor der Versammlung erfolgen. Mit dem Termin müssen gleichzeitig die Tagesordnung und die Gegenstände der Beschlussfassung bekanntgegeben werden.

iii. Die Mitgliederversammlung wird vom ersten Vorsitzenden, bei dessen Verhinderung vom zweiten, dem dritten, dem vierten oder dem fünften Vorsitzenden geleitet. Ist keines der Vorstandsmitglieder anwesend, so bestimmt die Versammlung den Leiter mit einfacher Mehrheit der anwesenden Mitglieder. Wird auch auf diesem Weg kein Leiter gefunden, ist die Versammlung ungültig und es muss ein neuer Termin gefunden werden.

iv. Die Mitgliederversammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig. Die Beschlussfassung erfolgt durch einfache Stimmenmehrheit der abgegebenen Stimmen.

Ungültige Stimmen und Stimmenthaltungen werden nicht mitgezählt.

v. Abstimmungen erfolgen offen, können aber auf Antrag eines Mitgliedes auch geheim erfolgen.

vi. Beschlüsse über Satzungsänderungen erfordern eine 3/4 Mehrheit, der Beschluss zur Auflösung des Vereins eine 4/5 Mehrheit.

vii. Das Stimmrecht kann nur persönlich ausgeübt werden, eine Übertragung ist ausgeschlossen. Bei Stimmgleichheit ist ein Antrag abgelehnt.

viii. Die Beschlüsse der Mitgliederversammlung sind von dem Protokollführer und von zwei Vorsitzenden zu unterschreiben.

ix. Es wird ein Kassenprüfer für die Dauer von zwei Jahren gewählt. Der Kassenprüfer darf dem geschäftsführenden Vorstand nicht angehören.

§ 12 Zuständigkeit der Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung hat folgende Aufgaben:

- Entgegennahme der Jahresberichte des Vorstandes
- Entgegennahme der Berichte der Kassenprüfer/innen
- Entlastung des Vorstandes
- Wahl des geschäftsführenden Vorstandes
- Wahl der Kassenprüfer
- Beratung und Beschlussfassung über vorliegende Anträge
- Beschlussfassung über Satzungsänderungen

§ 13 Strafbestimmungen

Sämtliche Mitglieder des Vereins unterliegen einer Strafgewalt. Der gesamte Vorstand kann einstimmig gegen Mitglieder, die wider die Satzung, gegen Beschlüsse der Organe, das Ansehen, die Ehre und das Vermögen des Vereins vorgehen, folgende Maßnahmen verhängen:

i. Zeitliches Verbot für die Teilnahme an Vereinsaktivitäten

ii. Ausschluss gem. § 5 Ziffer 4 der Satzung

Hat sich ein Mitglied des Vorstandes eines der genannten Vergehen schuldig gemacht, so obliegt die Verhängung der Strafe der Mitgliederversammlung und bedarf einer einfachen Mehrheit.

§ 14 Datenschutz

i. Zur Erfüllung der Zwecke und Aufgaben des Vereins werden unter Beachtung der Vorgaben der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) und des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) personenbezogene Daten über persönliche und sachliche Verhältnisse der Mitglieder im Verein verarbeitet.

Soweit die in den jeweiligen Vorschriften beschriebenen Voraussetzungen vorliegen, hat jedes Vereinsmitglied insbesondere die folgenden Rechte:

- das Recht auf Auskunft nach Artikel 15 DS-GVO,

- das Recht auf Berichtigung nach Artikel 16 DS-GVO,
- das Recht auf Löschung nach Artikel 17 DS-GVO,
- das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung nach Artikel 18 DS-GVO,
- das Recht auf Datenübertragbarkeit nach Artikel 20 DS-GVO,
- das Widerspruchsrecht nach Artikel 21 DS-GVO
- Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde nach Artikel 77 DS-GVO.

iii. Den Organen des Vereins, allen Mitarbeitern oder sonst für den Verein Tätigen ist es untersagt, personenbezogene Daten unbefugt zu anderen als dem jeweiligen zur Aufgabenerfüllung gehörenden Zweck zu verarbeiten, bekannt zu geben, Dritten zugänglich zu machen oder sonst zu nutzen. Diese Pflicht besteht auch über das Ausscheiden der oben genannten Personen aus dem Verein hinaus.

§ 15 Auflösung

i. Die Auflösung des Vereins kann nur in einer Mitgliederversammlung beschlossen werden, bei deren Einberufung die Beschlussfassung über die Vereinsauflösung den Mitgliedern angekündigt ist.

ii. Der Beschluss über die Auflösung des Vereins bedarf der Mehrheit von 4/5 der erschienenen Mitglieder

iii. Für den Fall der Auflösung ist der Vorstand für die Abwicklung der Auflösung verantwortlich. Sind die Vorsitzenden verhindert, nicht bereit diese Aufgabe zu übernehmen oder es erfolgt der Beschluss der Mitgliederversammlung, dass die Vorsitzenden von der Aufgabe entbunden werden sollen, so müssen in der Mitgliederversammlung zwei Mitglieder bestimmt werden, die mit der Abwicklung betraut werden.

iv. Bei Auflösung des Vereins fällt das Vereinsvermögen an den Deutschen Alpenverein Sektion Aachen, der es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige Zwecke im Interesse des Mountainbikesports zu verwenden hat.

§ 16 In-Kraft-Treten

Diese Satzung wurde auf der Mitgliederversammlung am 29.12.2020 beschlossen.

Statutes

Preamble:

The names of persons mentioned in these statutes and in the regulations include both equally the male and the female form. Merely for the sake of clarity, both forms have not been explicitly mentioned. Realizing equality between women and men is a permanent task and obligation.

§ 1 Name, registered office, financial year

- i. The club is called "Geländefahrrad Aachen e.V."
- ii. The club is based in Aachen and is registered in the register of associations of the district court Aachen. The club's financial year is the calendar year.

§ 2 Purpose of the club

i. The purpose of the club is: enabling the practice of sport in an environmentally friendly and natural way and to maintain the routes assigned to the club.

ii. The purpose of the statutes is realized notably through

- the creation and maintenance of routes on a designated area as defined sport use, considering the interests of the environment and nature conservation.
- promotion and support of popular sport
- promotion and support of mountainbiking
- informing members about mountainbiking
- sports education of young people
- communication at political and official level, considering all stakeholders.

iii. The club exclusively and directly pursues charitable purposes within the meaning of the section "tax-privileged purposes" of the German Fiscal Code. The club is altruistic and does not primarily pursue its own economic purposes. The club is party political, confessional, and racially neutral.

iv. Funds of the club can be used only for statutory purposes. The members do not receive any allowances from funds of the club. No person may be favored by expenses that are not in accordance with the purposes of the club or by disproportionately high remuneration.

v. resigning members of the club are not entitled to claim payment of a share of the club's funds.

vi. the members of the organs and committees of the club are basically volunteers. The costs and expenses incurred by them will be reimbursed. Within the budgetary possibilities the executive board is entitled to determine an appropriate remuneration and/or an appropriate expense allowance within the meaning of § 3 No. 26 a EStG for person exercising an office in the club.

§ 3 Membership

i. Any natural and legal person can become a member of the club. The executive board can appoint honorary members.

ii. The acquisition of a membership requires a written application on a form provided for this purpose, which is to be sent to the club. The application for admission of minors requires the signature of the legal guardian, which is at the same time considered as consent to the exercise of membership rights and obligations. The legal guardian is obliged to pay the membership fees until the end of the calendar year in which the minor reaches the age of majority.

iii. The executive board, which can delegate this task to an individual board member, decides on the application for membership at its own discretion. Admission can be refused without giving reasons.

iv. Membership begins with the written confirmation of admission by the board and is valid for one year from that date.

v. With admission into the club, the member accepts the statutes and the rules of the "Bikepark Dreiländereck". The member commits itself to follow the statutes and the regulations of the club as well as the resolutions of the club's bodies.

The members are obliged to promote the interest of the club and to refrain from anything that is contrary to the reputation and purpose of the club.

vi. The member are authorized to use the facilities and equipment of the club as well as to participate in events.

vii. Young members are entitled to participate and speak at the general meeting after reaching the age of 16.

viii. The members are obliged to keep the club constantly informed about their personal circumstances in writing. This includes in particular:

- a) Changes of address
- b) Changes of the bank details
- c) Notification about personal changes, which are relevant for the collection of membership fees.

ix. Disadvantages incurred by the member because of not notifying the club of the necessary changes according to **viii**, shall not be borne by the club and cannot be held against it. If the club suffers damage as a result, the member shall be obliged to compensate.

x. Image and video material produced by Geländefahrrad Aachen e.V. or by its designated representatives or agents during events organized by the club may be published by the club. This does not require a separate declaration of consent.

xi. All members acknowledge the disclaimer drawn up and published by the executive board.

§ 4 Membership fee

i. Members are obliged to pay a membership fee in form of cash benefits. The general meeting decides on the amount of all subscriptions. The subscriptions are regulated by the membership fee regulations. These are announced to the members on the homepage.

There are the following types of membership:

- 0-4 years (small children)
- 5-14 years (children)
- 15-18 years (young people)
- from 19 years (adults – full-paying)
- from 19 years (adults – partner-rate)

Different subscriptions rates can be set for the different memberships.

ii. The club is entitled to levy a charge if this is necessary to finance special projects or to eliminate financial difficulties. The general meeting decides on the amount of the levy by majority vote, whereby the maximum limit is three times the annual membership fee.

§ 5 Termination of membership

i. Membership expires in the event of death, loss of legal capacity of the legal person, voluntary resignation, deletion from the membership list or exclusion from the club. Obligations towards the club must be fulfilled by the end of the current financial year.

ii. Voluntary resignation may be declared in writing to a member of the board. It is permissible at the end of a membership year, subject to a period of notice of 6 weeks.

iii. A member can be removed from the membership list by resolution of the board if he or she is in arrears with the payment of the membership fee despite two reminders. The board may decide on the deletion only after expiration of a period of three months following the second reminder and the dues owed have not been paid. The member must be notified of the cancellation.

iv. A member can be excluded from the club if there is an important reason. The exclusion is been made by resolution of the executive board in a board meeting, at which all board members must be present. The exclusion is considered as decided when three of the five board members vote in favor. Reasons for exclusion are in particular:

a) Gross or repeated violation of the member against the statutes, against regulations or resolutions of the club's interests.

b) Severe damage to the reputation of the club's interests.

Before the decision on exclusion is taken, the members must be given the opportunity to justify

themselves personally or in writing to the board, with an appropriate deadline being set.

The decision about the exclusion must be justified to the member in writing. The member can appeal against the decision of the board to the general meeting. The appeal must be submitted in writing to the board within a period of one month from receipt of the exclusion decision. If the appeal has been filed in time, the board must convene the general meeting within two months to decide on the appeal. Until then the membership is suspended. If the member does not make use of the right to appeal against the expulsion decision or misses the deadline for appeal, he/she submits to the expulsion decision with the consequence that the membership is considered as terminated.

§ 6 Organs of the club

- i. The executive board
- ii. The working groups
- iii. The general meeting

§ 7 Liability of members of the organs

The liability of the members of the organs, the special representatives or the members of the club entrusted with the representation is limited to intent and gross negligence. If these persons are held liable by third parties without presence of intent or gross negligence, then they have no claim against the club for reimbursement of their expenses for defending against the claims as well as for indemnification against third-party claims.

§ 8 Executive board

i. The executive board of the club in terms of § 26 BGB consists of five persons

- a) The first chairman
- b) The second chairman
- c) The third chairman
- d) The fourth chairman
- e) The fifth chairman

The club is represented by two members of the executive board. For legal transactions with a business value exceeding 3.000 € the approval of the general meeting is required.

ii. The executive board handles all current affairs of the club, especially the administration of the club's funds. It is responsible for all tasks which are not assigned by the statutes to another organ of the club. Its main tasks are as follows:

- Management of current business
- Preparation and convocation of the general meeting

- Implementation of the decisions of the general meeting
- Preparation of the budget, book-keeping, preparation of an annual report
- Resolution on inclusion, deletion, and exclusion of members.

iii. The executive board generally takes its decisions within board meetings. The board meeting can be convened by any member of the executive board. The executive board shall invite the members to its meetings by announcing the agenda and with an appropriate period of notice. The executive board has a quorum if at least three of the five members of the board are present and the other members of the board have been informed in writing of the decisions and do not raise any objections within one week.

§9 Working groups

Working groups are appointed in writing by the managing board. The nomination is documented in an attachment to the statutes. The working groups are subject to the instructions of the managing board. The members of the executive board lead one working group each and represent each other.

Working groups are:

- media and public relations
- politics, city, administration
- construction and bike park maintenance
- training
- events

§ 10 Management board in general

i. Every adult member of the club can become a member of the board.

ii. The executive board is elected by the general meeting for a period of two years counted from the day of the election. However, it remains in office until the valid election of successors. Re-election is permissible. The executive board convenes the working groups.

iii. In the case of premature resignation of a member of the executive board, the board can appoint a substitute member provisionally until the next general meeting.

iv. The board may decide by written procedure.

§ 11 General meeting

i. The ordinary general meeting shall be convened once per financial year. An extraordinary general meeting must be convened if 10% of the members, but at least three members, of the club request it in writing to the executive board, stating the reasons.

ii. The date of the meeting of the members is announced by the first chairman, in its prevention by

the second, the third, the fourth or the fifth chairman, in text form by email. This must be done at least three weeks before the meeting. Together with the date, the agenda and the items for resolution must be announced at the same time.

iii. The general meeting is chaired by the first chairman or, in his prevention, by the second, third, fourth or fifth chairman. If none of the board members is present, the meeting shall appoint the leader by simple majority of the members present. If no leader is found in this way either, the meeting is invalid, and a new date must be found.

iv. The general meeting has a quorum regardless of the number of members present. The passing of resolution is made by simple majority of the votes cast. Invalid votes or abstentions from voting shall not be counted.

v. Voting shall be open, but also a secret ballot is possible if a member applies for it.

vi. Resolutions on amendments to the statutes require a 3/4 majority, the resolution to dissolve the club a 4/5 majority.

vii. Voting rights can only be exercised personally. A transfer is not possible. In the event of an equality of votes, the motion shall be deemed to be rejected.

viii. The resolutions of the general meeting must be signed by the keeper of the minutes and by two chairmen.

ix. A cash auditor is elected for a period of two years. The cash auditor may not be a member of the executive board.

§ 12 Competence of the General Meeting

The general meeting has the following tasks:

- Acceptance of the annual reports of the executive board
- Acceptance of the reports of the cash auditors
- Discharge of the executive board
- Election of the executive board
- Election of the cash auditors
- Discussion and resolution of present proposals
- Resolution on amendments to the statutes of the club

§ 13 Penalty clauses

All members of the club are subject to a penal power. The entire executive board may unanimously impose the following measures on members who act against the statutes, against decisions of the organs, the reputation, the honor, and the funds of the club:

- temporal prohibition for the participation in club activities
- exclusion in accordance with § 5 No. 4 of the statutes

If a member of the executive board is guilty of one of the offences mentioned, the imposition of the penalty is incumbent on the general meeting and requires a simple majority.

§ 14 Data protection

i. In order to fulfill the purposes and tasks of the club, personal data concerning the personal and factual circumstances of the members of the club are processed in compliance with the EU Data Protection Regulation (DS-GVO) and the Federal Data Protection Act (BDSG).

As far as the conditions described in the respective regulations are met, each member of the club has in particular the following rights:

- The right of information according to article 15 DS-GVO,
- The right of correction in accordance with 16 of the DS-GVO,
- The right to deletion in accordance with article 17 DS-GVO,
- The right to limited processing according to article 18 DS-GVO,
- The right to data transferability according to article 20 DS-GVO,
- The right of objection according to article 21 DS-GVO
- The right to appeal to a supervisory authority in accordance with article 77 DS-GVO.

iii. The organs of the club, all employees or other persons working for the club are prohibited from unauthorizedly processing, disclosing, making available to third parties or otherwise using personal data for purposes other than the purpose of fulfilling their duties. This obligation also exists after the above-mentioned persons have left the club.

§ 15 Dissolution

i. The dissolution of the club can only be decided in a meeting of the members, at whose convening the resolution on the dissolution of the club is announced to the members.

ii. The resolution to dissolve the club requires a majority of 4/5 of the members present.

iii. In the event of dissolution, the executive board is responsible for handling the dissolution. If the chairmen are prevented from taking over this task or if the general meeting decides that the chairmen are to be released from this task, two members must be determined in the general meeting who will be entrusted with the execution.

iv. In the event of dissolution of the club, the club's funds will pass over to the Deutschen Alpenverein section Aachen, which must use them directly and exclusively for charitable purposes in the interest of mountainbiking.

§ 16 Coming into force

These statutes were decided at the general meeting on 29th December 2020.